

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Insertions-Organ für Schierstein und Umgegend

(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten)

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Redakteur:
Wilh. Probst, Schierstein.

Telephon Nr. 164.

Anzeigen
Kosten die kleinste Beträge
oder deren Raum 15 Pfg.
Reklamen 30 Pfg.

Abonnementspreis
monatlich 40 Pfg., mit Bringer.
Jahres 45 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1.35 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Telephon Nr. 164.

Nr. 57.

Samstag, den 13. Mai 1916.

24. Jahrgang.

Ämtliche Bekanntmachungen. Betrifft Verordnung

am 1. Mai 1916 über die Sicherstellung
von Lebens- und Gebrauchsmitteln für die
Einwohnerschaft Wiesbadens.

In Abänderung der vorgenannten Verordnung
auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. 9. 15
in Anbetracht der Preisprüfungsstelle und mit Zu-
stimmung des Herrn Regierungspräsidenten folgendes
geordnet:

I. Für Fremde und Passanten.

Ohne jeden Ausweis dürfen folgende Waren von
jedermann gekauft und von Wiesbaden ausgeführt
werden:

alle Arten Schokolade und Schokoladewaren, mit
Ausnahme von Kakao; Wiesbadener Ananasstücken;
Keks und Zwieback, soweit sie nicht nach der Back-
ordnung vom 6. Mai 1916 durch die Bäcker
zu verkaufen sind;

frisches und handiertes Obst;

frischer Spargel;

Seifen und Seifenpulver nach Maßgabe der
Bundesratsverordnung vom 18. April 1916.

Für Borortbewohner u. Offiziere u. Mannschaften.

Es dürfen

a) die Einwohner der Bororte Sonnenberg, Ram-
bach, Bierstadt, Erbenheim, Viebrich, Schierstein
und Dohheim gegen vom Magistrat ausgestellte
besondere Ausweisarten,

b) die Offiziere und Mannschaften (einschl. Sanitäts-
mannschaften), soweit sie sich in Uniform befinden,
Waren kaufen:

alle Arten Fische, frisch, geräuchert, gefalzen und in
Konserven;

alle Arten Geflügel und Wildbret, auch in Konserven;

alle Arten Kolonialwaren, mit Ausnahme von Reis,
Süßfrüchten, Grieß, Graupen, Teigwaren und
Zucker;

alle Arten Käse;

Konditorwaren, Torten und Obst Kuchen;

Gemüse und Obst, frisch gedörrt und in Konserven
(Marmeladen).

III.

Die Uebertragung der Wiesbadener Brotkaufweis-
e bzw. der für die Bororte ausgestellten Ausweis-
an Personen, die nicht zum Haushalt des auf der
genannten Haushaltungsvoorsandes gehören, ist
verboten.

IV.

Im übrigen bleibt die Verordnung vom 1. Mai
einschließlich der Strafbestimmung unverändert
gelten.

Der Magistrat behält sich vor, eine zusammenfassende
Verordnung demnächst zu veröffentlichen.
Die vorstehenden Bestimmungen treten sofort in
Kraft.

Wiesbaden, den 10. Mai 1916.

Der Magistrat.

Gläffing. Travers.

Die Ausgabe der nach vorstehender Verordnung
Einkauf der freigegebenen Lebensmittel in Wies-
baden berechtigenden Ausweisarten erfolgt am

Montag, den 15. d. Mts.,

am Vormittag im Sitzungssaale des Rathhauses und zwar

für den Brotkaufbezirk 1 von 2 bis 3 Uhr,

" " " 2 von 3 bis 4 Uhr,

" " " 3 von 4 bis 5 Uhr,

" " " 4 von 5 bis 6 Uhr,

Ein Kinder unter 12 Jahren werden keine Kar-
ten abgegeben.

Für die Folge findet die Ausgabe dieser Karten
am Freitag von 5½—6 Uhr auf Zimmer 7 des Rat-
hauses statt.

Betr.: Erhebung des Kartoffelbedarfs.

Zum Zwecke der Erhebung des Bedarfs an Kar-
toffeln bis zum 15. August d. Js. werden denjenigen
Haushaltungen, deren Speise-Kartoffelbedarf nicht bis
zum Ende gedeckt ist, Bestellscheine zur Ausfüllung

zugestellt. Die ordnungsmäßig ausgefüllten Formulare
sind bis längstens

Dienstag, den 16. Mai 1916, nachmittags 6 Uhr,
auf Zimmer 1 des Rathhauses abzugeben.

Später eingehende Bestellungen können nicht be-
rücksichtigt werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur
derjenige Anspruch auf Lieferung von Kartoffeln hat, der
den Bestellschein ordnungsmäßig in der vorgeschriebenen
Zeit abgegeben hat

Sollte versehentlich einer Haushaltung kein For-
mular zugestellt werden, so ist dasselbe auf Zimmer 7
des Rathhauses in Empfang zu nehmen.

Bei der Ortspolizeibehörde ist gemeldet:

als gefunden: 1 Brille.

Näheres Rathaus, Zimmer Nr. 1 gegen Er-
stattung der Insertionskosten.

Schierstein, den 13. Mai 1916.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Delbrücks Rücktritt.

Berlin, 12. Mai (W. B. Amlich.) Wie wir
hören, hat sich der Staatssekretär des Innern Dr. De-
lbrück wegen seines Gesundheitszustandes genötigt ge-
sehen, ein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Minister
leidet an Furunkulose aus der Folge einer leichten
Zuckerkrankheit und bedarf nach ärztlichem Rat einer
längeren Kur. Ueber die Person des Nachfolgers ist
mit Rücksicht auf die schwebenden Organisationsfragen
eine Entscheidung erst in einigen Tagen zu erwarten.

Die Erklärung Lansing's.

Ein amerikanisch-englischer Vertrag?

Im Anschluß an die letzte Note Wilson's an
Deutschland erließ Staatssekretär Lansing eine
Erklärung, die sich im allgemeinen mit Wilson's Note
deckt, in der aber folgender Satz vorkommt, der zu
vielen Erwägungen Anlaß gab: „Während unsere
Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien nicht
den Gegenstand einer Erörterung mit Deutschland bil-
den können, soll festgestellt werden, daß wir in unse-
rem Vorgehen gegenüber der britischen Regierung so
handeln, wie wir mit Rücksicht auf ausdrückliche Ver-
tragsverpflichtungen dieser Regierung zu handeln un-
zweifelhaft verpflichtet sind.“

H. Bin. Der amerikanische Botschafter Gerard
in Berlin empfing einen Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“,
der ihn über die Auslegung der bekannt gewordenen
Aussage von Lansing befragen wollte. Auf
die Frage, was unter den ausdrücklichen Vertragsver-
pflichtungen der amerikanischen Regierung zu verstehen
sei, antwortete der Botschafter offen und rückhaltlos: „Von
irgendwelchen Geheimverträgen, welcher Art sie auch sein
mögen, kann in Amerika nie und nimmer die Rede sein.
Kein amerikanischer Präsident kann es nach der Verfas-
sung wagen, Verbindungen einzugehen, die nicht mit
zwei Drittel Mehrheit vom Kongreß genehmigt wurden.
Nach dieser Auffassung ist es völlig ausgeschlossen, daß
irgendwelche Verträge bestehen, die nicht zur Kenntnis
des Senates gelangt sind und dessen Zustimmung nicht
erhalten haben.“

Auf die weitere Frage, ob Geheimstimmungen des
Senates stattfinden könnten, in denen solche Verträge vor-
gelegt würden, so daß vielleicht noch mitten im Kriege
derartige Abkommen und Verträge mit Zustimmung des
Senates in geheimer Sitzung abgeschlossen werden könn-
ten, antwortete der Botschafter in durchaus verneinen-
dem Sinne: „Zwar sind geheime Sitzungen des Senates
statthaft, aber zu derartigen Beschlüssen kann es in ge-
heimen Sitzungen nicht kommen. Jedenfalls wären die
Gegner solcher Verträge an keine Verschwiegenheit ge-
bunden und machten ihrer Gegnerschaft in der
Presse Luft.“

Auf die letzte Frage endlich, ob sich die Lansing'sche
Erklärung auf den Schiedsgerichtsvertrag beziehe, den
Amerika im Frühjahr 1915 mit 21 Staaten, darunter
auch mit England, geschlossen hat, antwortete der Bot-
schafter in bejahendem Sinne: „Offenbar kann Lansing
auch jenen Schiedsgerichtsvertrag im Auge haben, dem
bekanntlich weder Japan noch Deutschland beigetreten sind.“

Es dürfte nicht ohne Belang sein, den wesentlichen
Inhalt dieses Schiedsgerichtsvertrages ins Gedächtnis

zu rufen. Der Vertrag verpflichtet alle Vertragschließen-
den, also auch Amerika und England, Meinungsverschie-
denheiten, die weder auf diplomatischem Wege noch durch
ein Schiedsgericht geregelt werden können, einem beson-
deren Untersuchungsausschuß zu überantworten. Diesem
Ausschuß müssen die beiden Staaten ihre ganzen Un-
terlagen zur Verfügung stellen, und die Staaten sind
vertraglich verpflichtet, den Ausschuss in jeder Weise zu
unterstützen. Der Ausschuss hat zur Abgabe seiner Be-
richte an die beiden Regierungen ein Jahr Zeit. Eng-
land und Amerika können durch neue Vereinbarungen
die Frist verkürzen, wenn aber keine ausdrücklichen Ab-
machungen bezüglich dieses Ausschusses getroffen werden,
so bleibt es bei der vertraglich festgesetzten Frist von
einem Jahre. Für den heutigen Stand der Dinge kommt
folgende Bestimmung des Schiedsgerichtsvertrages we-
sentlich in Betracht: „Alle 21 Völker, die mit Amerika
den Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen haben, verpflich-
ten sich wechselseitig, während der Verhandlungen des
von ihnen eingesetzten Ausschusses weder Krieg mittel-
ander zu führen, noch eine feindliche Haltung gegenein-
ander einzunehmen.“

Bemerkenswert ist an diesen Ausführungen des
Botschafter Gerard, daß er nicht eigentlich antwortet, ein
englisch-amerikanisches Geheimabkommen besteht oder be-
steht nicht, sondern daß er nur darlegt, wie ein Ge-
heimvertrag zustandekommen pflegt, bzw. wie er nicht
ins Leben gerufen werden kann, so daß also die
Frage nicht ganz gelöst erscheint.

Deutschland und Amerika.

Warum Wilson antwortete.

W. B. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet
aus New-York: Die Gründe dafür, daß Präsi-
dent Wilson auf die deutsche Antwort-
note erwidert hat, werden in einer Washingtoner
Meldung der „Evening Post“ wie folgt angegeben:

Die amerikanische Regierung konnte
die deutsche Note nicht unbeantwortet hingehen
lassen, denn das würde nach diplomatischen Geset-
zen gleichbedeutend mit ihrer uneingeschränkten
Annahme gewesen sein. In diesem Falle hätten die
Vereinigten Staaten auch nicht wegen der Frage der
Blockade an England herantreten kön-
nen, ohne den Eindruck zu erwecken, daß sie unter
dem Druck Deutschlands handelten. Die
amerikanische Note mußte darauf hinweisen, daß die
Vereinigten Staaten keinen Wink von der deutschen
Regierung über ihre Streitigkeiten mit England an-
nehmen können, sondern volle Freiheit des Handelns
bewahren müsse. Es ist immerhin möglich, daß der
Friedensfühler, der in der letzten deutschen
Note enthalten ist, einige Aufmerksamkeit bei Wilson
finden wird, aber in einer besonderen Mitteilung. Ni-
mand hier will die Streitfragen, die sich sofort
bei Erörterung des europäischen Friedens ergeben,
mit den unbefreihbaren Rechten der Vereinigten Staa-
ten in der Frage der Unterseeboot-Kriegsführung ver-
mengen lassen. Es ist nicht sicher, daß Wilson seine
Vermittlungsversuche wieder aufnimmt, aber etwas,
das darauf hinausläuft, wird ernstlich erwartet. Es
wird vielleicht keine sofortige Ergebnisse zeitigen, aber
es wird wenigstens die Bereitschaft der Vereinig-
ten Staaten dargetan, bei der Herbeiführung eines bal-
digen Friedens nützlich zu sein.

Die Hauptzeitungen bringen unter der Ueberschrift:
„Wilson's herrliche Gelegenheit!“ einen Leitartikel, in
dem festgestellt wird, daß durch Annahme der deutschen
Antwort der Weg für eine ehrenvolle und erfolgreiche
Vermittlung zwischen den kriegsfüh-
renden Mächten sich vor Wilson auftut. Wir sind
gewiß, daß die Gemeinschaft des amerikanischen Volkes
durchaus bereit ist und den Wunsch hat, daß unsere Re-
gierung wenigstens einen ehrlichen und ehrenvollen Ver-
such macht, den schrecklichen Krieg zu beenden, ehe er
die Kraft unserer Brädervölker jenseits des Atlantischen
Ozeans ausgelassen und zerstört hat.

Eine vernünftige Stimme aus Amerika.

New-York, 9. Mai. (W. B. Nichtamtlich.) Funk-
spruch von dem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-
Bureaus. Der Völkerrechtslehrer der Columbia-Univer-
sität, Stowell, sagt in einer Besprechung der deutschen
Note, die er in der „New York World“ erscheinen läßt:
Die Note beseitigt jeden Grund für einen Abbruch. Zu
der Sprache der Note bemerkt er: Wir müssen die bit-
teren Gefühle in Deutschland, die durch unsere neutrale
Handlungsweise hervorgerufen worden ist, bedenken,
denn wir waren nicht neutral, als wir
England erlaubten, unsere neutralen Rechte auf den
Handel mit Deutschland zu mißbrauchen. Wenn Deutsch-
land sich jetzt offen bereit erklärt, sich dem Völkerrecht

nicht gerne sehen. Wird sich ja wohl um
Vorgabe für mich sein. Fortsetzung

gerichtet hat. Nach den vorgefundenen Briefen wurden bisher etwa zehn Frauenpersonen als Opfer des Mordes festgestellt. Außerdem besanden sich unter den Leichen verschiedene Korrespondenzen mit zahllosen anderen Mädchen, woraus hervorgeht, daß sich von allen Mädchen verlangt und erhalten hat. Da der Verdacht auf einen Mord ausgesprochen ist, wurde in dem Garten des Hauses eine Nachgrabung angeordnet, die bisher ergeben hat, daß die Leiche der Frau Zoltz, die ihr mehrere tausend Promille Vermögen gegen die Zusage der Heirat überließ, nicht gefunden wurde. Zwei Tage vor der anberaumten Gerichtsverhandlung verschwand die Leiche spurlos. Die Gelehrten des Mädchens setzten den Prozeß fort. Bei dem letzten Verhandlungstermin wurde festgestellt, daß auch die Hauptzeugin Elisabeth Komarow kurz vor dem Tode spurlos verschwunden. — Vor zehn Jahren verschwand aus Ginzota ein Mädchen namens Zoltz, die neben ihren zwei Kindern gleichfalls spurlos. Ihr Geliebter, gab auf Befragen an, die Leiche der Frau Zoltz nach Amerika gefahren. — Die weitere Untersuchung hat ergeben, daß man auf dem Dachboden in einem Saal Frauenleichen fand. Von den Leichen wurden bisher vier geöffnet. In dreien derselben man Frauenleichen. Sie sind vollkommen bekleidet, mit Stricken verschnürt und jede hat einen Strick um den Hals. In der vierten Leiche befinden sich keine Frauenleichen. Bei der Stadthauptmannschaft ermittelte der Sonderkommando Majda und sagte aus, daß er sich im serbischen Spital von Baljevo befinde. Er habe ihn sterben sehen; sich sei dort beerdigt. — Gleiche Leichen. Nach einer Meldung der „Innsbrucker Neuesten Nachrichten“ wollten nachts im Gebirgsgebiet Lustenau an der Vorarlberger Grenze fünf Leichen aus dem Gefangenenlager bei Linz entkommen. Die Leichen wurden über den Rhein entführt. Sie wurden von der Grenzschutztruppe angehalten. Zwei Leichen wurden im Rhein ertrunken, zwei wurden wieder festgenommen, eine glückte die Flucht nach der Schweiz. — Gefesselter. Ein Agentur meldet aus Chicago: Der amerikanische Dampfer „Airbus“ ist bei Eagle gesunken. 20 Menschenleben sind verloren; 10 wurden gerettet.

Wer über das gesetzlich zulässige Maß hinaus Hafer, Mengkorn, Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, oder Gerste verfüttert, versündigt sich am Vaterlande!

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung. Berlin, 12. Mai.
Am Bundesratspräsidenten: Unterstaatssekretär Zimmermann. — Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die Anfrage des Abg. Herzfeld (Soz.) betr. das deutsche Abkommen.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Es handelt sich um einen langfristigen Defensiv-Vertrag. Näheres darüber kann ich nicht mitteilen. Dagegen ist ein wirtschaftlicher und Konsulat-Vertrag abgeschlossen, der dem Reichstag demnächst vorgelegt wird.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichs.

Vizepräsident Dove teilt mit, daß ein Antrag Ernststein (Soz. A.-G.) über die Redefreiheit im Parlament und die Ausübung einer Zensur durch den Präsidenten eingegangen sei. Ueber die Zulässigkeit des Antrags könne man sehr verschiedener Meinung sein. Ferner sei ein Antrag über die Handhabung der Präsidialgewalt eingegangen.

Berichterstatter Dr. Baasche stimmt dem Vizepräsidenten darin zu, daß der Antrag bedenklich sei und keinen Fall zu einer Kritik der Tätigkeit des Präsidenten führen dürfe. Redner bestreitet, daß der Präsident eine unzulässige Zensur an dem betreffenden Tage (11. Mai) ausüben habe. Wenn das Haus mit der Amtsführung nicht einverstanden sei, könne es das zum Ausdruck bringen und der Präsident werde dann, wie er selbst gesagt hat, die Konsequenzen daraus ziehen.

Abg. Ledebour (Soz. A.-G.): Der Präsident hat von eventueller Unzulässigkeit des Antrages gesprochen. Es ist aber eine ganze Anzahl von Präzedenzfällen hier im Reichstag. Eine absolute Nichtberührung der Kritik eines Präsidenten läßt sich gar nicht ausführen. Auch der Berichterstatter hat mit einer milden Kritik des Präsidenten begonnen. (Seitensitz.) Die Geschäftsordnung ist zum Schutz der Minorität da. Auch der Präsident hat die Aufgabe, die Minorität zu schützen. In seinen weiteren Ausführungen wird der Redner zur Ordnung gerufen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Meine Partei legt sehr verständlich das größte Gewicht auf die Erhaltung der Rechte des Volkes und des Parlaments, und möchte sie lieber erweitern als verkürzen. Die Rede des Abg. Ledebour dürfte eigentlich nicht zu solchen Szenen Anlaß geben. Aber das Haus war bereits sehr nervös. Die Macht des Präsidenten in diesem Hause ist groß genug, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Für den Antrag können wir nicht stimmen.

Abg. Liesching (Volksp.) lehnt den Antrag namens seiner Partei ab.

Berichterstatter Dr. Baasche verwahrt sich gegen die Darstellung des Abg. Ledebour und gegen die Kritik des Präsidenten.

Abg. Stadthagen (Soz. A.-G.) tritt des Darstellens des Vizepräsidenten Baasche entgegen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Bernke und Dittmann (Soz. A.-G.) schließt die Sitzung. — Der Antrag wird in allen Teilen abgelehnt.

Damit ist der Etat des Reichstages erledigt.

Die Beratung des

Verdinggesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Büchner (Soz. A.-G.) hält den Gesetzentwurf für unzulänglich.

Abg. Frhr. v. Seyl (nat.-lib.): Die Gewerkschaften betätigen sich weit mehr in der Politik wie alle anderen Berufsvereine, und zwar dürfte das wahrscheinlich noch mehr der Fall sein, wenn der Fortschritt so groß ist. Es handelt sich hier um ein Ausnahmengesetz für die Gewerkschaften und gegen die staatsrechtlichen Arbeiter (Zurufe bei den Soz.) Die neue Orientierung der inneren Politik ist schon im Gange. Die Regierung führt selbst die Jugend in den Klassenkampf.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Behauptung des Abg. v. Seyl muß ich ernstlich zurückweisen. Die Befürchtungen hinsichtlich der Jugendlichen sind übertrieben, anderenfalls hätte die Regierung die Vorlage nicht eingebracht.

Ein Schlußantrag wird angenommen. — Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberatung; Reichsamt des Innern; Reichsfinanzamt; Reichseisenbahnen; Reichspost.

Schluß 7 Uhr.

Die Vorgänge auf dem Balkan.

Griechenland.

DP. Verschiedene Berliner Blätter lassen sich aus Athen melden, daß unter dem Vorsitz des Königs ein Kronrat abgehalten wurde, an dem auch der Generalstab teilnahm. Nach dem Kronrat habe der Ministerpräsident eine einstündige Besprechung mit dem rumänischen Gesandten gehabt.

DP. Wie aus Athen gemeldet wird, hatte der König eine lange Besprechung mit dem französischen Gesandten.

Ein Blick nach Mexiko.

Die allgemeine Aufmerksamkeit in Amerika richtet sich auf Mexiko, wo ernste Verwicklungen drohen. Eine amerikanische Einmischung wird für unvermeidlich gehalten. Neuere Meldungen besagen hierüber folgendes:

Die Lage wird ernster.

DP. Auf Grund von Berichten eines englischen Korrespondenten in Mexiko wird gemeldet, daß sich an den amerikanischen Grenzen größere Ereignisse vorbereiten. Truppenabteilungen Villas sind an mehreren Stellen auf amerikanisches Gebiet übergewandert und haben amerikanische Grenzposten vertreiben. Villa hat die Absicht, die Eisenbahnverbindung mit Amerika zu zerstören, um die noch in Mexiko sich befindlichen amerikanischen Truppen erfolgreicher angreifen zu können.

DP. Dem „Petit Parisien“ wird aus Washington gemeldet: Präsident Wilson berief Truppen aus Texas, Arizona und Neu-Mexiko, um an der mexikanischen Grenze der durch die jüngsten Ereignisse geschaffenen Lage die Stille zu bieten. Die zu diesem Zweck bereits mobilisierten Streitkräfte wurden durch neue Aufgebote und Einbeziehung von zwei neuen aktiven Regimentern um 7000 Mann erhöht. Der Sekretär des Kriegsdepartements Baker erklärte, es handle sich darum, die Wiederkehr von Einfällen in die Grenzgebiete zu verhindern.

Allerlei Nachrichten.

Draht- und Korrespondenz-Meldungen.

Der Besuch der bulgarischen Abgeordneten.

BB. Die bulgarischen Abgeordneten trafen, von Kiel kommend, in Hamburg ein. Auf dem Hauptbahnhof waren der Direktor der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten Dr. Schmitz und als Vertreter der Hamburger Vereinigung der Freunde Bulgariens Chefredakteur v. Edardt und Professor Philenus zum Empfang anwesend. Auf dem Bahnhof und dem Wege zum Hotel wurden die Gäste vom Publikum herzlich begrüßt.

Freigegebene der Besatzung des „L. 20“.

BB. Aus Kristiania wird berichtet: Sechs Mann von der Besatzung des Luftschiffes „L. 20“ sind freigegeben worden. Die norwegischen Behörden haben es als ihre Pflicht betrachtet, den Regeln für die Schiffsbrüchigen von Kriegsschiffen kriegsführender Staaten zu folgen, und zwar in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt, den sie bei früheren Gelegenheiten während des Krieges gegenüber den Engländern eingenommen hatten.

Deutsch-Ostafrika.

BB. Aus London wird gemeldet: General Smuts telegraphiert: Der Feind, der sich nach der Besetzung von Kondoza Frangi durch unsere Truppen eine erhebliche Strecke zurückgezogen hatte, hat Verstärkungen erhalten und bringt wieder gegen Kondoza Frangi vor. Unsere Truppen sind zahlreich genug, um mit dem Feinde fertig zu werden.

Die Lebensmittelversorgung in Wien.

DP. Unter dem Titel: „Die neuen Ernährungs-Schwierigkeiten“ darf die Wiener Arbeiterzeitung erörtern, daß in Wien augenblicklich eine Störung des öffentlichen Ernährungsdienstes besteht. Die sehr freiwilligen Auslassungen des Blattes fordern die Einführung der Berliner Methode bei der Aufspürung verborgener Nahrungsmittel usw. Es ist unlegbar, daß die Ernährung über den Mangel an Solidarität weitest Kreise ergriffen hat.

Die Meuterei auf holländischen Kriegsschiffen.

DP. Der „Telegraaf“ meldet aus Vellebreen, eine Straßendemonstration sei am Sonntag durch die Matrosen, die über schlechte Behandlung in den So-

gnatieren klagten, organisiert, aber durch die Vollaufgerüstet worden. Seitdem hätten die Unregelmäßigkeiten ihren ernstesten Charakter angenommen. Infolge der Weigerung von 300 Mann der drei Kriegsschiffe, an Bord zurückzugehen, hätten die Kriegsschiffe nicht ausfahren können.

Bestrafte englische Sozialisten.

BB. Zwei Sozialisten, die vor kurzem in Glasgow verhaftet wurden, sind schuldig befunden worden, die Herstellung von Munition durch Aufwiegelung zum Streik aufgehalten zu haben, und zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Ein anderer Sozialist erhielt 18 Monate.

Eine Rede Salandras.

DP. In Brescia erhielt Salandra von der Stadt als Geschenk eine Nachbildung der berühmten römischen Viktoria-Statue von Brescia und dankte dafür mit folgender Rede: Wenn immer möglich, ruhe ich von den Amtspflichten durch Reisen aus, nicht um das Land anzuspornen, sondern um von ihm angespornt zu werden. Italien bietet ein prachtvolles Schauspiel, da es sich selbst gefunden hat, und die Italiener sich als besser erwiesen haben als sie selbst angenommen hatten. Wir haben unsere ganze Existenz im Krieg aufs Spiel gesetzt und die Regierung wird manchmal von scharfbaren Besorgnissen gepeinigt, aber andererseits finden wir, je mehr wir nachdenken, daß wir nach der Ehre Italiens entschieden haben. Wir konnten nicht unter den Völkern bleiben, welche die neue Geschichte nur über sich ergehen lassen. Wir Italiener müssen unter denen sein, welche die Geschichte machen. Ich nehme das Geschenk als ein Symbol des Sieges an.

Aufstand in Lissabon.

BB. Die Lissabener Zeitung „O Est“ veröffentlicht ein Telegramm aus Granada, wonach in Lissabon ein Aufstand ausgebrochen sei und das Arsenal in Flammen stehen soll. Ein Teil der Truppen beteilige sich an der Revolte.

Attentats-Versuch.

BB. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Teheran: Der türkische Untertan Djemal Bey hat einen Anschlag auf den österreichisch-ungarischen Gesandten Graf Logothetti verübt. Der Gesandte ist nicht verletzt worden.

Kleine Tages-Chronik.

UL. Berlin, 12. Mai. Die Beratungen der Groß-Berliner Gemeinden über die Einführung von Fleischkarten sind noch nicht abgeschlossen. Man ist sich aber schon darüber einig geworden, Familien-Fleischkarten herauszugeben.

Die amtlichen Tagesberichte.

Freitag, den 12. Mai.

Der Bericht des deutschen Hauptquartiers.

BB. Großes Hauptquartier, 12. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich des Hohenzollern-Werkes bei Sullach stürmten pfälzische Bataillone mehrere Linien der englischen Stellung. Bis her wurden 127 unverwundete Gefangene eingebracht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Der Gegner erlitt außerdem erhebliche blutige Verluste, besonders bei einem erfolglosen Gegenangriff.

In den Argonnen scheiterte ein von den Franzosen unter Benennung von Flammenwerfern unternommener Angriff gegen die Fille Warte.

Im Maasgebiet herrschte beiderseits lebhafteste Artillerietätigkeit. Von einem schwachen französischen Angriffsversuch im Thiaumontwald abgesehen, kam es zu keiner nennenswerten Infanteriehandlung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader besetzte den Bahnhof Sorobzija an der Linie Kraschin-Minsk ausgiebig mit Bomben.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Der heutige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Mai 1916.
(W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Argonnen und Maas fanden an einzelnen Stellen lebhafteste Handgranatenkämpfe statt. Versuche des Feindes, in den Wäldern von Voocourt und Malancourt Boden zu gewinnen, wurden vereitelt.

Ein feindlicher Nachtangriff südwestlich des „Tolen Mannes“ erlief in unserer Infanteriefeuer.

Auf dem östlichen Maasufer erlitten die Franzosen bei einem mißglückten Angriff am Steinbruch westlich des Albainwaldes beträchtliche Verluste.

Ein deutscher Kampflieger schoß über dem Walde von Bourguignon, südwestlich von Lahon, einen feindlichen Doppeldecker ab.

Südöstlich von Armentieres wurde durch unser Abwehrfeuer am 11. Mai ein englisches Flugzeug zum Absturz gebracht und vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofs Selburg wurde ein russischer Angriffsversuch gegen die kürzlich genommenen Gräben durch unser Artilleriefeuer im Keime erstickt. Mehr als 100 Russen wurden gefangen genommen.

Balkankriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Dürfen wir verzagen?

In dem Herzen eines jeden von uns wohnt der Wunsch nach Frieden, und mit bangem Seufzen hört man immer wieder die Frage nach dem Ende des schrecklichen Krieges. Das ist wohlverständlich und natürlich. Große Opfer hat der Krieg bereits gefordert, und manches Opfer wird wohl noch zu bringen sein, ehe der Friede wieder ins Land zieht. Noch immer deutet nichts auf sein baldiges Kommen, denn unsere Feinde haben sich geschworen, uns zu vernichten, koste es, was es wolle. Wenn wir auch sicher hoffen dürfen, daß ihr Wollen ein wahrer Wahn ist, so wissen wir doch auch, daß wir nicht eher die Waffe mit dem Werkzeug vertauschen dürfen, bis wir unsere Gegner niedergeworfen und zu einem Frieden gezwungen haben werden, der uns für lange Zeit Sicherheit und unge störte Fortentwicklung verheißt.

So gilt es denn: Durchhalten um jeden Preis. Lassen wir uns jetzt schwach finden, so verlieren wir nicht nur alles, was wir errungen und erhalten haben, sondern wir verlieren auch alles, was wir waren. Umsonst sind dann die Hunderttausende gestorben und zu Krüppeln geworden, umsonst haben wir dann die Milliarden geopfert, umsonst gelitten, geduldet, getrauert und gehofft.

Haben wir Aussicht auf einen endgültigen, auf einen entscheidenden Sieg? Wenn nicht, so wäre es Wahnsinn, weiterzukämpfen, wenn man nicht nur der Ehre halber untergeben will. Ja, wir haben die feste, wir haben alle Aussicht, das Kriegsglück endgültig an unsere Fahnen zu fesseln und dereinst die Friedensbedingungen den unterliegenden Feinden vorzuschreiben, um so zu einem guten Ende und einer neuen, frohen Zukunft zu gelangen. Militärisch sind wir bisher auf allen Schlachtfeldern die Herren geblieben. Ganz Polen, Serbien und Montenegro und fast ganz Albanien sind fest in unserer Hand. Von Belgien kann der Feind nur noch einen schmalen Streifen sein eigen nennen, und die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete Frankreichs stehen schon seit Jahr und Tag unter deutscher Verwaltung. Drunten im Elsaß steht der Feind mit einem Fuße auf deutscher Erde, aber wie lange noch? Der Kanonendonner von Verdun ruft ihm zu, sich zu hüten. Die deutschen Kanonen haben bisher aber noch nie vergebens gewarnt. An Soldaten und Munition fehlt es uns nicht, und wenn wir auch nicht so viele Kriegsschiffe haben wie England, so sind wir ihm doch hinsichtlich der Qualität überlegen. Unsere Tauchboote zwingen die feindlichen Riesenpanzer, sich hinter den Klippen Schottlands zu verstecken, und die englische Handelsmarine hat es täglich zu fühlen, was Deutschland zur See vermag. Im Luftmeere sind wir allen Feinden militärisch überlegen, und mit steigender Angst empfinden unsere Gegner die

unaussprechlichen Vorzüge unserer wagemutigen Luftlotte. Mittel zur Fortführung des Krieges bis zu einem glücklichen Ende sind in genügender Menge vorhanden. Mag das Vaterland immer wieder seine Staatsbürger um Geld angegangen haben, es hat noch nicht umsonst anzutragen brauchen und wird auch, wenn es weiteren Kredit notwendig hat, nicht vergebens ihn zu finden suchen. Auf den Sparlässen des deutschen Volkes liegen allein einige 20 Milliarden Mark, die bisher nur in bescheidener Weise zur Zeichnung der Kriegsanleihen herangezogen worden sind. Das Geld, das der Staat zur Fortführung des Krieges braucht, bleibt bei uns immer im Lande. Es bleibt immer in denselben Kanälen und kann daher dem Vaterlande stets wieder zur Verfügung gestellt werden.

Haben wir Aus Hungern zu befürchten? Nein, das wissen wir jetzt alle, daß England mit diesem Plan starken Landwirtschaf soviel hervor, daß keiner Hungers stirbt. Wohl müssen wir uns einschränken, wohl müssen wir verzichten und entbehren, und wir empfinden das oft recht bitter, aber wir gehen daran nicht zugrunde. Es ist ein verhältnismäßig sehr kleines Opfer im Vergleich zu den vielen und furchtbaren, die täglich draußen im Felde von unsern Angehörigen gebracht werden müssen. Wir können also jene Entbehrungen und Einschränkungen gerne auf uns nehmen. Der Krieg bringt Leid und Pechwehen für jeden mit sich, das ist einmal das Wesen des Krieges.

Dann sagt dieser und jener, daß sein Geschäft zurückgehe, daß er Verluste habe, oder daß gar seine Existenz gefährdet sei. Mit solchen Erwägungen müssen wir nun einmal während des Krieges rechnen, bis uns ein glücklicher Friede für die gebrachten Opfer entschädigt. Aber auch nur ein siegreicher Friede kann uns vor dem Schlimmsten bewahren, denn wenn wir den Krieg verlieren, dann verlieren wir alles, und unser Volk mühte in Armut und Gedrücktheit zurückzufallen. Darum kann es für uns nur die eine Parole geben: Durchhalten bis zu einem glücklichen Ende, denn sonst wäre alles bisherige umsonst und vergeblich, und die letzten Dinge würden schlimmer als die ersten sein. (3.)

Zur Tagesgeschichte.

Die Reichsversicherungsordnung. Der Reichstagsausschuß zur Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betr. die Alters- und Waisenrente in der Invaliditätsversicherung ist zusammengetreten und hat die in der Regierungsvorlage vorgesehene Herabsetzung des Mindestalters für die Arbeiteraltersrente vom 70. auf das 65. Jahr einstimmig angenommen. Weiter soll nach der Vorlage der § 1292 der Reichsversicherungsordnung folgende Novella erhalten:

Der Anteil der Versicherungsanstalt beträgt bei Waisen- und Waisenrente drei Zehntel, bei Waisenrente für eine Waise drei Zwanzigstel, für jede weitere Waise ein Zwanzigstel des Grundbetrages und der Zinsen der Rente, die der Ernährer zur Zeit seines Todes bezogen oder bei Invalidität bezogen hätte. Zu wurde auf Antrag des Zentrums beschloffen, der Anteil der Versicherungsanstalt bei Waisenrenten für eine Waise drei Zwanzigstel betragen soll. — Ein sozialistischer Antrag wollte den § 1292 noch erweitern.

Wehrbeitrag oder Reichsvermögenssteuer. Das „Berliner Tageblatt“ erzählt, ist unter den Vorschlägen im Reichstage erwogen worden, sich nicht empfehle, anstelle der im Ausschusse beantragten Erhebung einer neuen Wehrbeitragssteuer einmalig eine Reichsvermögenssteuer zu führen, die neben der Kriegsgewinnsteuer und neben neuen Besitzwachstumssteuer erhoben werden soll. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, indessen sei Aussicht auf eine Einigung.

Gedenkblatt für die Marine. Eine Kommission bestimmt, daß den Angehörigen der im Lande um die Verteidigung des Vaterlandes gefallenen Angehörigen der Marine in Anerkennung der von den Angehörigen bewiesenen Pflichttreue bis zum Tode und in Anerkennung der Annehmlichkeiten am dem schweren Verlust ein Gedenkblatt nach dem dem Kaiser vorgelegten Entwurf verliehen wird. Der Reichskanzler bezw. das Reichsamt sind mit der Ausführung dieser Order betraut. Das vorsehend genehmigte Gedenkblatt ist für die Angehörigen der im Seekriege Gefallenen bestimmt. Die Gefallenen des Landkrieges Gefallenen wird das Gedenkblatt verliehen.

Humoristisches.

„A!“ Einem Wirt wurde eine silberne Uhr aus seinem Nebenzimmer gestohlen. Trotz Nachspürungen blieb der Täter unentdeckt und die Uhr verschwand. Da kam einmal ein Gast zu Wirt und fragt: „Wist Ihr, was aus Eurer Uhr worden ist?“ — „Nun!“ fragte der Wirt hastig, „glaube ich schon wieder in ihrem Besitze.“ — „Ein Kind ist daraus geworden,“ sprach der Gast; „sie steht jetzt von fremden Leuten aufgezogen!“

Bringt Euer Gold zur Reichsbank

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben unvergesslichen Mutter, sowie für die reichen Kranz- u. Blumen-spenden sagen hiermit innigsten Dank.

Geschwister Horcher.

Holzversteigerung

auf der Retbergsaue bei Viebrich a. Rh.
Freitag, den 19. Mai d. Js., nachmittags 5 Uhr (Sammelpunkt Gutshofe) bringen wir auf der Retbergsaue ca. 81 Festmeter Nadelholz, Eschen, Kiefern und Weichholz zur Versteigerung.
Pferdebezugsgeoffenschaft.



Im Fluge durch die Welt

befindet sich jeder Leser der Berliner Illustrierten Zeitung, die mit unübertroffener Schnelligkeit die besten Photographien und künstlerisch wertvolle Zeichnungen bringt. Verlangen Sie gratis eine Probenummer und den Anfang des laufenden Romans von der Expedition der

Berliner Illustrierten Zeitung
Berlin SW 68, Kadenstraße 22-26

Wer Brotgetreide verfüttert, ver-sündigt sich am Vaterlande!

Union-Theater Viebrich.

Ab 18. bis 15. Mai.

Achtung! Erstaufführung Achtung!
Im brennenden Zaue.
Spannendes Indianer-drama in 2 Akten.
Die Insel der Seligen.
Feileres Spiel in einem Vorspiel u. 3 Akte.
„Sonntag Kindervorstellung 2 Uhr.“
Montag Volksab. 25 Pf.

Voranzeige.

Ab Samstag, den 20. Mai.

Einer der neuesten und raffiniertesten
Schlager 1916.

Ein Schrei in der Nacht.

Dieses Meisterwerk übertrifft alles bisher an Detektivfilmen dagewesene. Die Aufsehen erregenden Vorgänge, die Hülse des unglücklichen Opfers, sowie die Aufklärung des genialen Detektivs Sherlock Holmes.

Reparaturen von

Sattler-Arbeiten

werden ausgeführt von
J. Diehl, Sattler,
Ludwigstr. 4, I.

Da auf höhere Verfügung am 18. d. Mts. mit der Zwangsbeitreibung der ev. Kirchensteuer begonnen werden muß, ist den Steuerpflichtigen bis dahin noch Gelegenheit geboten, ihre Beiträge zu entrichten, ohne sich Kosten zu verursachen.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Gottesdienstordnung.
Sonntag, 14. Mai 1916.
9½ Uhr Predigt. P. Pi. Lic. Steubing. Christenlehre mit der männlichen Jugend, die weibliche kann teilnehmen. Gottesdienst 8 Uhr zugleich Kriegsbestunde.
Montag 8 Uhr Miss. Nachtrunde.

Katholische Kirche.

Spendung der hl. Firmung.
Donnerstag, den 18. d. Mts. Ankunft des Herrn Bischofs, nachm. 5½ Uhr Empfang am Portal der Kirche, Begrüßungsrede in der Kirche, unmittelbar nach dem kirchlichen Empfang findet im Pfarrhause die Vorstellung der Herren Lehrer und Lehrerinnen statt, dieselben werden freundlichst gebeten, sich im Pfarrhause einzufinden, ebenso der Kirchenvorstand, der Präsident und Dirigent des Kirchenchores, der Vorsitzende und dessen Stellvertreter der Gemeindevorstellung. Nach dem Empfang ist auch für Erwachsene Gelegenheit, bei einem Franziskaner-priester zu beichten.

Schöne

3-Zimmerwohnung

nebst Zubehör zu vermieten. Näh. Wörthstr. 7.

Zu vermieten ein Häuschen

allein zu bewohnen.
Näheres Rahnhofstr. 1.

Schöne Frontspizwohnung

zu vermieten. Zu erfragen in der Expedition.

Mietverträge

empfiehlt
„Zahnersteiner Zeitung.“

Pergament-Papier

zu haben
Zahnersteiner Zeitung.

Wein-Etiketts

in jeder Ausführung liefert prompt
Druckerei W. Probst.